

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Diskriminierungsverdacht aufgrund der Herkunft im ersten juristischen Staatsexamen: Was tut die Landesregierung, um diesem Verdacht nachzugehen?**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Marco Genthe, Dr. Stefan Birkner und Jan-Christoph Oetjen (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 21.05.2015

In der *Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft (ZDRW 1/2014)* haben Wissenschaftler in interdisziplinärer und überregionaler Zusammenarbeit eine Studie publiziert, die einen empirisch ermittelten Verdacht formuliert, dass die Herkunft und das Geschlecht von Prüflingen die Noten bei Prüfungen im ersten juristischen Staatsexamen negativ beeinflussen könnten. Nach einem ersten Bericht des *Migazin* (<http://www.migazin.de/2014/04/04/hier-liegt-es-nahe-eine-diskriminierung-anzunehmen/>) haben Anfang April 2014 u. a. auch *Spiegel Online*, *Süddeutsche Zeitung* und *Legal Tribune Online*, basierend auf dieser Studie, berichtet.

Die Forscher fassen zusammen, dass durch ihre Studie Diskriminierung zunächst weder ausgeschlossen noch angenommen werden kann. „Vielmehr scheinen weitere empirische Untersuchungen lohnend“, so die Forschergruppe (*ZDRW 2014: 27*). Ihre Analyse basiert dabei auf Tausenden Datensätzen von nordrhein-westfälischen Jura-Prüflingen. Die Forschergruppe weist ausdrücklich darauf hin, dass durch die Studie „eine Debatte sowie weitere Forschungsarbeiten“ angeregt werden sollten (*Migazin*, 4. April 2014: „Hier liegt es nahe, eine Diskriminierung anzunehmen“).

1. Hat das Justizministerium, gegebenenfalls mit welchen Maßnahmen, auf die Erkenntnisse der oben erwähnten wissenschaftlichen Studie reagiert?
2. Was sind gegebenenfalls die nächsten Schritte der Landesregierung, um jeglichen Verdacht auf Diskriminierung im Justizwesen bzw. in der akademischen Ausbildung zu vermeiden?
3. Welche aktive Form der Unterstützung wird die Landesregierung gegebenenfalls leisten, um weitere unabhängige Forschung zur Klärung der Ursachen der in der Studie beobachteten Unterschiede zu ermöglichen?
4. Liegen der Landesregierung Beschwerden von Studierenden vor, die auf eine Benachteiligung im Prüfungsverfahren hindeuten?
5. Liegen der Landesregierung Kenntnisse vor, ob in anderen Studienfächern ähnliche Verdachte aufgekommen sind?

(Ausgegeben am 29.05.2015)